
DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT ZWISCHEN DOPPELREVOLUTION UND ERSTEM WELTKRIEG

Rezension von: Hans-Ulrich Wehler,
Deutsche Gesellschaftsgeschichte
1849–1914, Verlag C. H. Beck,
München 1995, XVIII + 1.515 Seiten,
DM 118,-; Wilfried Loth, Das Kaiserreich.
Obrigkeitsstaat und politische
Mobilisierung, Deutscher
Taschenbuchverlag (dtv 4505),
München 1996, 242 Seiten, öS 169,-.

Das vorliegende monumentale Werk des Bielefelder Historikers Hans-Ulrich Wehler bildet den dritten Teil der vierteilig konzipierten „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ von 1700 bis 1949. Die beiden ersten Teile erschienen bereits in zweiter Auflage. Band 1 („Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära“) behandelt das „lange“ 18. Jahrhundert von 1700 bis zum Ende der Napoleonischen Kriege 1815. Band 2 („Von der Reformära bis zur industriellen und politischen ‚Deutschen Doppelrevolution‘“) befaßt sich mit dem weit kürzeren Zeitraum von 1815 bis zur Revolution von 1848/49.

Der dritte Band mit dem Untertitel „Von der ‚Deutschen Doppelrevolution‘ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs“ gliedert sich in zwei Abschnitte (Teile 5 und 6 des Gesamtwerks). Inhalt des ersten Abschnitts ist die zweite Phase der „Deutschen Doppelrevolution“ (1849–1871/73), nämlich die Industrielle Revolution und die politische Revolution der Reichsgründung „von oben“ des Jahres 1871. Der zweite, mehr als achthundert Seiten lange Abschnitt widmet sich der strukturellen Geschichte des Deutschen Kaiserreichs bis zur Entfesselung des Ersten Weltkriegs.

Im Vergleich zu seiner aus dem Jahre 1973 stammenden aufsehenerregenden Monographie „Das deutsche Kaiserreich 1871–1918“ schwächt Wehler nun die These vom deutschen Sonderweg ab und modifiziert sie.

Was die lange unterschätzte Umbruchperiode von 1848/49 bis 1871 betrifft, so betrachtet Wehler erstens die Ereignisse der Jahre 1848/49 nicht mehr als gescheiterte bürgerliche Revolution. Einerseits zerschlugen sich die Hoffnungen auf ein geeinigtes Deutschland mit einer liberalen, parlamentarischen Verfassung. Andererseits öffneten sich Spielräume für wesentliche Reformen der Legislative, des Justizwesens, der Grundrechte usw., die von den erstarkten Liberalen vorangetrieben wurden. Und mit dem Einsetzen der preußischen Verfassungskrise (1862), als die liberale Majorität im Landtag durch die Budgetverweigerung auf eine nachhaltige Zerstörung des traditionellen Militärstaates drängte, schien vorübergehend eine entscheidende Wende möglich.

Zweitens wird die Bedeutung der charismatischen Herrschaft Bismarcks in den kritischen Jahren 1862–1871 und für die politische Struktur des Kaiserreichs bis 1890, aber auch danach aufgewertet. Unter der Vorherrschaft dieses Kanzlers wurden Antiliberalismus, Antiparlamentarismus, Demokratiefeindschaft und Militarismus prägend. Die Weichenstellung zugunsten des autoritären Korporativismus, der das politische System nach 1890 charakterisierte, erfolgte bereits in dieser Phase.

Wehler nennt zwölf gravierende Eigentümlichkeiten, durch welche sich das Deutsche Kaiserreich von den anderen westeuropäischen Ländern unterschied:

- Der Monarch besaß – verfassungsrechtlich abgesichert – die Kommandogewalt über die Streitkräfte. Diese Tatsache bildete eine der wesentlichsten Grundlagen der Verteidigung der

traditionellen preußischen Herrschaftsstruktur.

- Das Militär gewann in den Einigungskriegen der Jahre 1864–1871 eine letztlich auch konstitutionell befestigte Sonderstellung, es unterlag keiner parlamentarischen Kontrolle, bildete einen Staat im Staat und genoß eine gesellschaftliche Sonderrolle. Der Militarismus drang tief in die Kollektivmentalität ein.

- Bismarcks charismatische Herrschaft prägte, wie bereits festgehalten, die politische Mentalität und Kultur in verhängnisvoller Weise.

- Die Entmachtung der traditionellen Herrschaftselite und die Parlamentarisierung des Reiches mißlingen. Die Reichsverfassung bildete einen Mischtyp, gekennzeichnet durch monarchisch-autoritäre Züge und föderalistische, parlamentarische und parteistaatliche Elemente. Der aus dem allgemeinen, gleichen Männerwahlrecht hervorgehende Reichstag besaß begrenzte legislative Kompetenzen: die Zustimmung im Gesetzgebungsprozeß, das Budgetrecht, letzteres allerdings nur eingeschränkt für das Militär. Bürokratie, Militär und Diplomatie blieben außerhalb seiner Kontrollbefugnisse. Reichskanzler und Reichsregierung waren nicht dem Parlament gegenüber verantwortlich. Auflösungs- und Einberufungsrecht lagen bei Kaiser und Bundesrat, womit der Reichstag nicht als souveränes Verfassungsorgan bezeichnet werden kann.

Trotz dieser Beschränkungen erlebte der Reichstag im Laufe der Zeit eine ständige politische Aufwertung. Aus vergleichender Perspektive ist allerdings folgendes festzuhalten: „Kein Staat in Europa und Nordamerika besaß damals eine gewählte Legislative, die mit einer derart zahnlosen Konfliktscheu dem Streit um die Hegemonie im politischen System so konsequent ausgewichen ist wie der deutsche Reichstag.“ (S. 1287)

- Der Adel erfuhr eine gesellschaftliche und politische Aufwertung. Er

nahm die Schlüsselstellungen in der Reichsleitung, in den Staatsregierungen, in der Bürokratie und im Heer ein. Diese erzkonservative Machtelite verstand es, die Parlamentarisierung zu verhindern, das anachronistische Dreiklassenwahlrecht in Preußen zu verteidigen, die Hegemonie Preußens im Reich zu erhalten und somit den Herrschaftsanspruch des Bürgertums abzuwehren.

- Die Tatsache, daß der Reichstag nicht zum Machtzentrum wurde, stärkte die Position der Bürokratie. Sie war faktisch eine Mitinhaberin der Macht, da sie Entscheidungen mitgestalten konnte, ohne einer effektiven Kontrolle durch den Reichstag zu unterliegen. Ab 1890 wurde die Regierungsmacht in hohem Maße von einer Beamtenherrschaft ausgeübt.

- Der Liberalismus konnte im Kaiserreich nicht zur richtungsbestimmenden politischen Kraft werden. Zwischen 1867 und 1877 setzten die Nationalliberalen als Quasi-Regierungspartei im Reichstag ein imponierendes rechtsstaatliches und wirtschaftsliberales Reformprogramm durch, scheiterten aber an der zentralen Aufgabe der innenpolitischen Modernisierung in Gestalt der Parlamentarisierung.

1878/79 vollzog Bismarck die Wende zu der neuen konservativ-katholischen Allianz. Damit war der Niedergang des Liberalismus besiegelt. Dem dreifachen Druck, von oben durch die konservative Herrschaftselite, welche die Nationalliberalen mittels Gestaltung der Verfassung von der inneren Machtausübung fernhielt, von unten durch die politische Mobilisierung der Unter- und Mittelschichten, die zur Bildung der modernen Mitgliederparteien (Sozialdemokraten, Zentrum) führte, und durch die wirtschaftliche Depression von 1873 bis 1879, welche die liberale Wirtschaftspolitik nachhaltig diskreditierte, war der deutsche Liberalismus nicht gewachsen.

- Eine „Bürgerliche Gesellschaft“

war das Kaiserreich insofern, als sich der Geltungsbereich der Marktwirtschaft ausdehnte, wichtige Fortschritte in der Rechtsstaatlichkeit erfolgten, Bildungssystem und Kultur bürgerlich geprägt waren und bürgerliche Wertvorstellungen und Lebensweisen eine Ausstrahlung hatten, die weit über diese Klasse hinausgingen, deren zahlenmäßiger Anteil an der Gesellschaft vor 1914 nie mehr als fünfzehn Prozent ausmachte.

Zur politischen Herrschaft im Sinne der Ausübung der ausschlaggebenden politischen Entscheidungsgewalt aber gelangte das Bürgertum im Deutschen Kaiserreich nicht. Die Vorherrschaft der etablierten Machteliten blieb erhalten. Bürgerliche Interessenvertreter wurden lediglich zu Mitwirkenden im System des autoritären Korporatismus. Und diese Niederlage des Bürgertums war nicht nur ein Resultat des erfolgreichen Widerstands der traditionellen Eliten, sondern auch selbstverschuldet: Die bürgerlichen Parteien traten nicht entschlossen für grundlegende Prinzipien der bürgerlichen Gesellschaft ein und suchten im Reichstag nicht den entscheidenden Konflikt um die Vormachtstellung.

– Der ursprünglich liberal eingefärbte Nationalismus wandelte sich bereits in der Reichsgründungsphase und erfuhr seit den achtziger Jahren eine Radikalisierung. Bestandteile dieses extremen Deutschnationalismus bildeten die Loyalität zu der Fürsteherrschaft, welche die Volkssouveränität negierte, Imperialismus, Sozialdarwinismus, Aggressivität gegenüber den inneren „Reichsfeinden“ (Sozialdemokraten, Katholiken, Juden, nationale Minderheiten) und – besonders prominent – Militarismus. Ausreichende Gegenkräfte einer gefestigten demokratischen Kultur, die manche seiner exzessiven Ansprüche hätten entschärfen können, fehlten. Letzteres ist nicht weiter verwunderlich, fand doch radikale nationalistische Ideologie auch Eingang in die

Parteiprogramme von „gemäßigten“ bürgerlichen Parteien wie dem Zentrum und den Nationalliberalen.

– Der deutsche Imperialismus folgte in besonderem Maße einem innenpolitischen Kalkül: Die Verantwortlichen trachteten danach, von der Reformverweigerung im Inneren durch außenpolitischen Aktionismus abzulenken.

– Seit den drei erfolgreich geführten Einigungskriegen stellten Kriegsdrohungen für die Herrschaftselite ein akzeptables politisches Mittel dar. In der Julikrise des Jahres 1914 übernahm Berlin nicht zuletzt deshalb das Kriegsrisiko, um den Umbau des politischen Systems und damit auch der Gesellschaftshierarchie noch einmal zu verhindern.

– Im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Staaten überlappte sich im deutschen Fall die Schaffung eines Nationalstaates mit der Industriellen Revolution und dem Entstehen einer Klassengesellschaft. Gleichzeitig scheiterte die Realisierung einer politischen Verfassung für eine liberale und demokratische Lösung der entstandenen Probleme am Charakter des politischen Herrschaftssystems und der sie tragenden sozialen Kräftekonstellation.

Einer oder mehrere dieser Faktoren lassen sich auch in anderen westeuropäischen Staaten des späten 19. oder frühen 20. Jahrhunderts nachweisen. Für den deutschen Sonderweg sei, so Wehler, das Zusammenwirken aller zwölf genannten Faktoren entscheidend gewesen.

Wehlers „Gesellschaftsgeschichte“ beinhaltet auch eine praktisch vollständige Wirtschaftsgeschichte Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Die besondere Stärke von Wehlers Analyse liegt in der Darlegung der Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Entwicklungen.

Unter dem Titel Kultur behandelt Wehler jeweils nur jene Aspekte, die in einer direkten Beziehung zur Politik stehen, nämlich Religion, Bildungswesen und Presse. Das weitgehende Fehlen einer Geschichte der Wissenschaften, der Künste, des privaten Lebens und der Mentalitäten stellt im Rahmen eines derart umfassend angelegten Projekts sicherlich ein Manko dar.

Gerade angesichts der ungeheuren Fülle des verarbeiteten Materials ging der Verlag alles andere als leserfreundlich vor, als er das Sachregister eines Textes von rund 1.300 Seiten auf sage und schreibe sechs (!) Seiten beschränkte. Einen wesentlichen editorischen Mangel bildet überdies die Tatsache, daß sich im ganzen Buch keine einzige Karte findet.

Positiv hervorzuheben sind hingegen der klare Aufbau des Gesamtwerks sowie die Breite und Gründlichkeit der bibliographischen Hinweise. Da wohl kaum jemand den Text von der ersten bis zur letzten Seite liest, sind die knappen und präzisen Zusammenfassungen einzelner Kapitel und Abschnitte überaus hilfreich.

Die genannten Mängel vor allem editorischer Art können nichts an dem Gesamturteil ändern, daß die „Gesellschaftsgeschichte“ Wehlers eines der wichtigsten Werke der deutschen Geschichtsschreibung nach 1945 ist und als Nachschlagewerk noch lange Zeit den Maßstab darstellen wird.

Der inhaltliche Schwerpunkt von Wilfried Loths Band „Das Kaiserreich“, der im Rahmen der Reihe „Deutsche Geschichte der neuesten Zeit“ des Deutschen Taschenbuch Verlags erschien, liegt in der Darstellung der Innenpolitik. Breiten Raum widmet Loth der Entstehung von Parteien, der politischen Mobilisierung der Unter- und Mittelschichten sowie der damit verbundenen Tendenz zu modernen Mitglieder- und Massenparteien.

Die in den 1860er Jahren entstandenen Parteien waren Wählerparteien,

geleitet von Honoratioren. Die erste politische Vereinigung, welche die Bezeichnung Partei führte, war die Deutsche Fortschrittspartei (DFP). Im Zuge des preußischen Verfassungskonflikts traten jene Abgeordneten aus der altliberalen Fraktion im Landtag aus, die den Prinzipien eines liberalen Verfassungsstaates Priorität gaben und die Heeresreform ablehnten, und gründeten die DFP. Ihre Wähler stammten vor allem aus dem protestantischen, städtischen Bildungsbürgertum. Bei den Landtagswahlen der Jahre 1861–1863 feierte die DFP ihre größten Erfolge.

Im Konflikt um die Indemnitätsvorlage, bei dem es darum ging, ob der preußische Landtag der verfassungswidrigen Ausgabenpolitik seit 1862 die nachträgliche Zustimmung erteilen sollte, spalteten sich die Liberalen ein weiteres Mal: Der rechte Flügel der DFP gab der nationalen Einheit den Primat vor dem Ausbau des liberalen Verfassungsstaats, stimmte 1866 für die Vorlage und den Militäretat und formierte sich als Nationalliberale Partei.

Die Nationalliberalen waren schon im Norddeutschen Reichstag von 1867 die dominante politische Kraft und stellten auch im ersten Reichstag (1871) die stärkste Fraktion (vor dem Zentrum, den Konservativen und der DFP; Wahlergebnis im Anhang S. 235). Die rasche Verwirklichung der nationalen Einheit verbanden sie mit der Hoffnung auf die Ablösung der konservativen Machtelite im Nationalstaat und die folgende Durchführung liberaler innenpolitischer Reformen.

Von 1867 bis 1878 bestand zwischen dem Reichskanzler Bismarck und den Quasi-Regierungsparteien, nämlich den Nationalliberalen und den Freikonservativen, ein informelles Bündnis. In dieser Zeit setzten die Nationalliberalen im Reichstag eine Vielzahl von rechtsstaatlichen und wirtschaftsliberalen Reformvorhaben um. Hier seien nur einige Schlagworte genannt:

Reichsbank, Reichsgericht, Münzreform, Reichspatentgesetz, Novelle des AG-Gesetzes, Reichspressegesetz, Teilkodifizierung des bürgerlichen Rechts, Neuordnung des Gerichtsverfahrens. In den letztlich aber entscheidenden Konflikten um die Gestaltung der Verfassung und das Budgetrecht des Reichstags erlitten die Nationalliberalen Niederlagen gegenüber Bismarck und der traditionellen preußischen Herrschaftselite aus Adel, Bürokratie und Militär. Auf die militärische Revolution von oben und die Reichsgründung folgte nicht die intendierte Liberalisierung im Inneren.

Mit dem Aufstieg der Liberalen in der Reichsgründungsperiode einherging der Niedergang konservativer Gruppierungen. Die Nationalpolitik Bismarcks führte zu ihrer Spaltung: Während die Altkonservativen bei ihrer Ablehnung der Indemnitätsvorlage, der Verletzung des Legitimitätsprinzips und des Dynastiesturzes in den preußischen Annexionsprovinzen blieben, gründete die bismarckfreundliche Minderheit 1867 die „Freikonservative Partei“. Als Vorhut eines aufgeklärten, gemäßigten Konservatismus trat sie für eine vorbehaltlose Unterstützung Bismarcks und für eine konstitutionelle Monarchie ein, erteilte mithin dem Absolutismus eine Absage. Diese Partei, ein elitärer Verband ohne Mitgliederbasis, erlangte im Kaiserreich überproportionalen Einfluß durch ihre Präsenz in der Reichsregierung, im preußischen Staatsministerium und in der Verwaltung sowie durch den engen Kontakt zu Bismarck.

Der politische Katholizismus mußte nach der Reichsgründung eine Neuorientierung entsprechend der Position als konfessionelle Minderheit vornehmen. Die 1871 gegründete „Zentrumsparterie“ war keine Mitgliederpartei mit eigener Organisation, sondern die politische Repräsentanz des katholischen Vereinswesens. Die Wähler des Zen-

trums, 1871 zweitstärkste Partei im Reichstag, stammten aus dem Mittel- und Kleinbürgertum, aus dem Bauernstand und der Arbeiterschaft West- und Süddeutschlands. In den 1870er Jahren wurde das Zentrum in den Kulturkampf gerissen und befand sich damit in der Defensive.

Bismarcks Wende (1878/79) zur Rechtskoalition, die bis 1918 fortbestand, stellte die wichtigste innenpolitische Zäsur der Reichsgeschichte dar. Sie besiegelte den Niedergang der Nationalliberalen. Auf den dreifachen Druck (Revolution von oben, politische Mobilisierung von unten, wirtschaftliche Depression), dem letztere unterlagen und der ihren Absturz bewirkte, wurde bereits oben hingewiesen.

Die nach 1873 wesentlich geänderten wirtschaftlichen und politischen Konstellationen waren es, die Bismarck dazu veranlaßten, die parlamentarische Unterstützung für die Regierungspolitik bei einer neuen Koalition aus Freikonservativen, Deutschkonservativer Partei (DKP) und Zentrum zu suchen.

Die Krise und Zersplitterung der Konservativen hatte 1876 zur Gründung der DKP geführt. Ihr unmittelbares Ziel war die Rückkehr ins Machtzentrum, die dann mit der innenpolitischen Wende von 1878/79 gelang. Da der Schwerpunkt der DKP im agrarischen Ostelbien lag, trat sie für Agrarsubventionen, Schutzzölle und Steuerprivilegien ein, war somit ein „natürlicher“ Verbündeter für die Durchsetzung des neuen „solidarprotektionistischen“ Kurses der Regierung.

Aus ihren Wahlniederlagen und der Ablösung als Quasi-Regierungspartei zogen die Nationalliberalen die Konsequenzen durch einen programmatischen Schwenk. Mit dem Heidelberger Programm von 1884 wurden sie zu einer bismarcktreuen, etatistischen, nationalistischen und imperialistischen Partei, welche die Verfechtung besitz-

bürgerlicher Interessen zu Lasten der ursprünglichen liberalen Prinzipien obenan stellte. Der ideologische Richtungswechsel machte die Rechtsliberalen auch für die Regierung und die DKP zu einem akzeptablen Koalitionspartner. 1886 fanden sie Aufnahme in das „Kartell“ der die Regierungspolitik unterstützenden Parteien (gemeinsam mit Freikonservativen und DKP).

Zur ersten modernen Mitglieder- und Massenpartei in Deutschland wurden die Sozialdemokraten. Der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ der Lassalleaner und die marxistische „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ vereinigten sich durch den Kompromiß des Gothaer Programms 1875 zur „Sozialistischen Arbeiterpartei“. Ihre Unterdrückung durch das Sozialistengesetz von 1878 mit Aufhebung der Gewerkvereine, Ausweisung der Funktionäre und Presseverbot mißlang. Mit dem Erfurter Programm erhielt die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (ab 1890 so benannt) eine marxistische Orientierung.

Die in den 1880er Jahren beginnende politische Mobilisierung der Arbeiterschaft schlug sich aufgrund des allgemeinen Männerwahlrechts in steigenden Stimmenanteilen bei den Reichstagswahlen nieder. 1912 wurde die SPD mit 4,25 Mio. Stimmen zur mandatsstärksten Partei im Reichstag. Ihre Wähler stammten vor allem aus den protestantischen Arbeiterbezirken der Industrieregionen. Der Zugang zu dem Wählerpotential der Landarbeiter blieb der SPD infolge der sozialen Kontrolle, welcher jene unterlagen, verwehrt. Und die marxistische Vorstellung von der unausweichlichen Proletarisierung aller unselbständig Beschäftigten war mit ausschlaggebend dafür, daß die Sozialdemokraten keine geeignete Strategie fanden, um Privatangestellte und Beamte als Wähler zu gewinnen.

Trotz dieser Wahlerfolge blieb die SPD politisch fast völlig isoliert. Für

die sich in zunehmendem Maße nationalistisch gebärdenden bürgerlichen Parteien waren die Sozialdemokraten unverändert die Partei des „roten Pöbels“ und der „vaterlandslosen Gesellen“, die es konsequent auszugrenzen galt. Der enorme Außendruck von seiten des Staates (durch polizeistaatliche Methoden, durch die Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen, die Einteilung der Wahlbezirke, propagandistische Diskriminierung) und von seiten der Unternehmer hielt an, der Klassenkampf von oben ließ nicht nach. Bemerkenswert ist, daß die SPD dennoch zunehmend kooperationsbereit agierte und auch in einigen Bereichen (in den süddeutschen Staaten, in der Kommunalpolitik, in den Organen der Sozialversicherung) Koalitionspartner fand.

Neben den Sozialdemokraten betraf die politische Mobilisierung vor allem den politischen Katholizismus. In den 1890er Jahren formierten sich in diesem Bereich drei soziale Bewegungen:

1. Im ländlichen Populismus kam der Widerstand von Bauern und kleinen Gewerbetreibenden gegen die drohende soziale Deklassierung zum Ausdruck. Die Protestpolitik der betreffenden Organisationen, die sich 1900 zum „Dachverband der Christlichen Bauernvereine“ zusammenschlossen, beinhaltete eine Mischung aus anachronistischen, modernen, antiliberalen, antisemitischen, demokratischen und populistischen Elementen.
2. Bürgerliche Bewegungen in Industrie, Verwaltung, Wissenschaft und Bildungswesen wandten sich gegen die Vorherrschaft von Honoratioren und bejahten die moderne, industriekapitalistische Welt.
3. Von den im „Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ zusammengeschlossenen Arbeitern wurde der „Volkverein für das katholische Deutschland“ zu einem effizienten Interessenverband umgebaut.

Ein tragfähiges Programm, das den wesentlichen Interessen aller drei Strömungen zufriedenstellend Rechnung getragen hätte, war trotz der gemeinsamen Zielvorstellung des „sozialen Ausgleichs“ bis 1914 nicht in Aussicht. Daher übernahm auch für die Zentrumsparlei der Nationalismus die Funktion des ideologischen Bindemittels.

Urbanisierung, Industrialisierung und politische Mobilisierung wirkten sich gegen die Konservativen aus. Ohne den 1893 gegründeten, schlagkräftig und effektiv agierenden „Bund der Landwirte“ (BdL) wäre die DKP zu noch weniger Abwehrerfolgen fähig gewesen. Der BdL suchte die aus der Mobilisierung der ländlichen Gesellschaft hervorgehenden Kräfte zu steuern und ihre Anliegen mit jenen der Großagrarien zu bündeln und wirkungsvoll zu vertreten. Er setzte aber auch auf radikalen Nationalismus und rassistischen Antisemitismus als Integrationsideologien. Somit wurde der BdL zur wichtigsten Einfallspforte, durch die der neue Antisemitismus in den politischen Konservatismus eindrang und auf diese Weise gesellschaftsfähig wurde.

Die Linksliberalen schafften den Wandel von der Honoratioren- zur Mitgliederparlei erst 1912 durch die Einigung der verschiedenen Splitter-

gruppen in der „Fortschrittlichen Volkspartei“. Eng mit der FVP verbunden war der 1909 ins Leben gerufene „Hansa-Bund“, der zeitweilig erfolgreich eine bürgerlich-liberale Front gegen die großagraren und großindustriellen Konservativen aufzubauen versuchte.

In Reaktion darauf fanden sich die meisten Industrie-, Landwirtschafts- und Mittelstandsverbände im „Kartell der schaffenden Stände“ zusammen. Nach der Wahlniederlage der DKP bei den Reichstagswahlen von 1912 (Wahlergebnis im Anhang, S. 237) lehnte sich diese eng an das „Kartell“, den mächtigsten aller Interessenverbände, an. In den Mittelpunkt konservativer Politik rückte immer stärker die Verteidigung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen.

An den rund 170 Seiten starken inhaltlichen Hauptteil schließen sich eine Sammlung prägnanter Dokumente, Kommentare über Forschungsstand, Literatur und Quellen sowie eine Zeittafel an. Dieser Anhang stellt eine wichtige und leserfreundliche Ergänzung dar. Alles in allem ist das vorliegende Taschenbuch als kurze, präzise – und überdies kostengünstige – Einführung in die Thematik sehr zu empfehlen.

Michael Mesch